

höchsten Gewalt des Gesamtvolkes, nämlich zwei des Volkes im engeren Sinne: die Kammern, und eine, der Volksspiße, des Königs: die den Kammern verantwortlichen Minister, im Willen ausdrücklich übereinstimmen, wenn ein Gesetz zu Stande kommen soll.

Hat nun einer dieser drei Träger der Staatsgewalt einen Gesetzesvorschlag eingebracht, und eine der Kammern sagt nein dazu, ich verbiete, daß dies ein Gesetz werde, und das heißt in römischer Sprache Veto, so kann aus der Sache nichts werden, das Gesetz kommt nicht zu Stande. Dies sagen die Worte der Verfassung, welche unsre Kammern aus beschließenden und nicht bloß aus beratenden Volksvertretern bestehen läßt. Dabei bleibt es denn auch, so lange eine der Volkskammern ihr veto sagt, mag auch der Gesetzesvorschlag von der andern Kammer oder der Krone in zwei, vier oder noch mehr auf einander folgenden Sessionen eingebracht worden sein. — Nicht bloß diejenigen, welche für die Republik schwärmen, sondern auch Alle, welche ehrlich und aufrichtig eine wahrhafte konstitutionelle Monarchie wollen, sind mit dieser unbeschränkten Berechtigung der Kammern völlig einverstanden. Es ist auch hier wiederum die Ehre der gesetzgebenden Kammern, in der Gesetzgebung durch keine äußere Macht beschränkt zu sein. Im wirklichen Leben wird sich zur Ausübung dieses Ehrenrechts selten Gelegenheit finden.

Nach dem Texte soll nun ganz dasselbe gelten, wenn die Krone d. h. der König durch seine Minister, zu einem durch die beiden Kammern angenommenen Gesetzesvorschlag nein sagt, das veto einlegt. Hierbei findet unter den Beurtheilern nicht eine gleiche Meinungsübereinstimmung Statt.

Daß die Krone überhaupt berechtigt sein muß, in einem aufgestellten Falle veto zu sagen, darüber sind alle einig. Das zugehen, wie schon vorhin erwähnt, auch die Republikaner ihren ersten Beamten, in dem richtigen Gefühle, daß für den Staat eine schützende conservirende einheitliche Macht gegen die Beschlässe aufgeregter und sich oft überstürzender Majoritäten nöthig ist. Dazu kommt aber auch noch etwas ganz andres. Die Erfahrung lehrt nämlich, daß jedes Wesen, welches einen eigenen Kopf hat, auch ein Herz, ein eigenes Gemüth hat. Senate, Corporationen, Kammern, überhaupt s. g. moralische Personen, haben aber im eigentlichen und uneigentlichen Sinne kein Herz, kein Gemüth, sie haben nichts als durch eine künstliche oft sogar sehr zweifelhafte und strittige Operation, einen, sich durch Mehrheitsbeschluß herausstellenden Willen. Wohin sollte sich nun die bei dieser Operation besetzte, sonst vielleicht sehr achtungswerthe Minorität wenden, wer sollte deren wahres Wohl, und eben deshalb das Gesamtwohl des Volkes überhaupt, noch weiter in Ueberlegung nehmen und noch besser sein Wort dazu geben können, als ein im ganzen Volke und nicht bloß in einer Majorität desselben wurzelnder und an dessen Spitze stehender König? —

Streit ist aber darüber: ob die Krone eben so oft ihr veto wiederholen können soll, wie eine Kammer, also: ob sie ein eben so absolutes veto wie eine der Kammern haben soll?

Da ist man nun nach dem Vorbilde der ersten französischen, allerdings entsetzlich verunglückten Constitution von 1789 darüber einig, daß der König zweimal gegen einen von beiden Kammern angenommenen Gesetzesvorschlag sein veto soll einwenden können. Hier wird also der Zügel, welcher bei der Gesetzgebung in der Republik dem Präsidenten auf den Hals gelegt ist, (er kann nur einmal veto sagen) um ein Schnallenloch verlängert, auf dem Nacken eines solchen Königs liegt der Zügel etwas loser.

Zum Drittenmal soll aber der König nach der Ansicht Vieler zur Einlegung seines veto nicht berechtigt sein, vielmehr soll jeder Gesetzesvorschlag ohne weitere Einwilligung der Krone als Gesetz gelten, wenn nur die zwei Kammern auch in der dritten Session den Vorschlag angenommen haben. Die Anhänger dieser Ansicht gestehen also der Krone gegen die Beschlässe der beiden Kammern nur einen aufschiebenden Einfluß zu, ein suspensives veto.

Unter den Anhängern des nur suspensiven veto der Krone obwaltet darum jedoch noch keine Einstimmigkeit, insofern es sich handelt um die Natur des fraglichen Gesetzesvorschlags. Viele nehmen an, daß der Gesetzesvorschlag den Grundlagen und Grundbedingungen der bestehenden Verfassung nicht widersprechen dürfe. Andre wollen der Consequenz wegen von einer solchen Unterscheidung und Einschränkung nichts wissen, und wollen, daß jeder von beiden Kammern zum drittenmal angenommene Vorschlag ohne Weiteres, und ohne daß der König von Rechtswegen ein Wort mit darein zu sprechen hätte, Gesetz des Volkes werde, also auch den König binde. Dies soll also auch dann Platz greifen, wenn der Vorschlag verfassungswidrig ist, wenn er selbst gegen die Grundlagen der Verfassung verstößt, ja wenn er auch die Verfassung geradezu aufhebt. Um dies durch Beispiele zu erläutern, so würde der Vorschlag: daß eine oder die andre Gemeine Beschlässe fassen dürfe für ganze Kreise, Provinzen oder gar das Land (wie dies in den französischen Ummwälzungen

mit Paris geschieht) verfassungswidrig sein. Der Vorschlag: daß gewisse Einzelne oder besondere Klassen der Bürger rechtliche Vorzüge, kurz Vorrechte vor den übrigen Bürgern haben sollten, wäre gegen die Grundlagen der Verfassung, indem alle Preußen vor dem Gesetze gleich sein und Standesvorrechte nicht stattfinden (Art. 4) alle Preußen wehrpflichtig sein sollen (Art. 32). Dasselbe gälte von den Vorschlägen, daß nicht der König, sondern die Kammern, oder nur beide Gewalten zusammen die Minister ernennen und zu öffentlichen Aemtern berufen sollten. Der Vorschlag gar, daß die Person des Königs nicht unverletzlich sein, daß es überhaupt keinen König mehr geben, vielmehr in Preußen die Republik eintreten solle, würde die Verfassung geradezu aufheben.

Fortsetzung folgt.

## Deutschland.

**Berlin, 4. Februar.** Herr Rodbertus hat seine Doppelwahl den gegen ihn angewendeten neuesten Polizeimaßregeln zu danken, ohne die Verfolgung, die Herr Rodbertus erlitten, wäre er sicher hier nicht 2 Mal gewählt worden, da seine einmalige Wahl in Berlin vorher noch zweifelhaft war. — Was die Begegnisse zwischen Herrn Rodbertus und dem Polizei-Präsidenten bei der Ausweisung des ersten Herrn anbetrifft, so erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß sich dieselben ganz anders gestaltet haben, wie sie in der Stadt erzählt und von der Presse wieder gegeben wurden. Herr von Hindeldey hat sich gegen Herrn Rodbertus freilich in allen Formen der gewählten Lebensart und der ihm eigenen Humanität bewegt, er hat sich aber streng nach den ihm gewordenen Vorschriften gerichtet und nach keiner Seite hin die engen Grenzen seiner amtlichen Stellung überschritten. — Für die vorgelassenen Doppelwahlen sind von der demokratischen Partei bei den Neuwahlen die Herren Dr. Jung, H. Simon und Assessor Jung als Kandidaten aufgestellt.

**Berlin, 4. Februar.** Unter den Gesetzentwürfen, welche das Ministerium den Kammern vorzulegen beabsichtigt, befinden sich auch die Gesetz-Entwürfe wegen Aufhebung der Grundsteuer-Befreiungen, wegen Einführung einer gleichmäßigen Grundsteuer, und einer Einkommensteuer. Was den erstgenannten Gesetz-Entwurf betrifft, so beabsichtigt das Ministerium, wie man vernimmt, bei dem unter dem Ministerium Camphausen-Hansemann vorgelegten Entwurf, der damals so großes Aufsehen und in dem sogenannten Bülow-Gummerow'schen Parlament so große Opposition erregte, stehen zu bleiben. In Betreff des zweiten Gesetz-Entwurfs wird die genaue Vermessung der östlichen Provinzen und die Eintragung der Grundstücke in einem Kataster als unabwendbare Nothwendigkeit bezeichnet, um eine gleichmäßige Grundsteuervertheilung herbeizuführen. Hinsichtlich der projectirten Einkommensteuer erfährt man, daß dieselbe bei einem Einkommen von 300 Thln. ihren Anfang nehmen und von 3 bis zu 5 pCt. steigen soll. Von 1000 Thln. ab beginnt der Steuersatz von 3 $\frac{1}{2}$  pCt. und mit 10,000 Thln. der höchste Satz von 5 pCt. Für diejenigen Klassen, deren Einkommen 300 Thlr. nicht erreicht, soll die Klassensteuer bestehen bleiben oder eingeführt werden, nur in den Städten von mehr als 30,000 Einwohnern, wo die Erhebung der Klassensteuer zu große Schwierigkeiten verursachen würde, beabsichtigt man, neben der Einkommensteuer, eine geringe Verbrauchssteuer beizubehalten; so daß die ärmeren Klassen nur die letztere, die vermögenden Klassen beide Steuern zu zahlen hätten. Behält man im Auge, daß die Verbrauchssteuer so gering sein wird, daß sie nicht schwer lastet, so werden die vermögenden Klassen jenem praktischen Anfang zur Lösung der socialen Frage gewiß alle Unterstützung angedeihen lassen.

D. Ref.

**§ Berlin, 5. Februar.** Ueber die zweimalige Wahl von Jacobi, sagt die „Const. Corr.“: „Also selbst Jacobi „der den König Preußens im eigenen Hause zu beleidigen versuchte, wird von der Hauptstadt desselben Königs, desselben Landes zweimal gewählt! Ob wir das auch als einen Ausdruck der politischen Gereiztheit hinnehmen sollen, wissen wir nicht. Es ist eine Beleidigung des ganzen Landes, wenigstens aller ehrlichen Preußen im Lande, und wir haben die feste Ueberzeugung, daß die Zahl der ehrlichen noch sehr, sehr groß ist im Lande.“ „Die Hauptstadt Preußens hat sich heute ihr politisches Todes-Urtheil gesprochen. Die Bewohner Berlins haben das Wohl des Vaterlandes ihrer politischen Gereiztheit zum Opfer gebracht. Vielleicht haben sie auch nur einen Witz machen und den General Wrangel, das geheime Ober-Tribunal, das Ober-Landesgericht zu Münster, und wer weiß, wen sonst noch, ärgern wollen. Ganz recht so! Schlägst du meinen Juden, schlag' ich deinen. Was kümmert es uns, ob indeß die Pferde mit dem Wagen davonlaufen und am nächsten Abhange zerschellen? Was kümmert es die Berliner, ob der preussische Staat besteht oder untergeht!“